



Thüringer Landesregierung will gegen Volksbegehren klagen

Mehr als 24.000 Unterschriften in kurzer Zeit: Peter Hammen bei der Übergabe im Sommer vor dem Innenministerium. Die Landesregierung will jetzt klagen.

Riesenttäuschung, Wut und Ärger bei der Thüringer Bürgerallianz: Die Landesregierung will per Klage das Volksbegehren gegen überhöhte Kommunalabgaben stoppen. Was seit einigen Tagen als Gerücht in Erfurt gereicht wurde, ist jetzt auch offiziell bestätigt. Erfurt. Das Vorhaben stehe der Verfassung entgegen, sagte Regierungssprecher Peter Zimmermann. Laut Landesverfassung seien Volksbegehren zu Abgaben unzulässig. Bis zu einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs ruhe das Begehren.

Die Bürgerallianz riet der Regierung von der Klage ab. "Damit würde auch das letzte Vertrauen zu dieser CDU-SPD-Regierung zerstört", sagte Landeschef Peter Hammen. Der zur Abstimmung stehende Entwurf sei verfassungskonform.

Dabei war die Bürgerallianz so stolz gewesen, als sie innerhalb kürzester Zeit mehr als 24.000 Unterschriften landesweit sammeln konnte. Die Prüfung im Innenministerium wurde ebenso überstanden wie diejenige durch die Landtagspräsidentin, die das Volksbegehren immerhin für zulässig erklärte. Jetzt zog die Landesregierung per Klage die Notbremse. Bereits einmal hatte eine Landesregierung versucht, ein Volksbegehren vor dem Verfassungsgericht zum Scheitern zu bringen. Seinerzeit war es die Regierung Althaus, die gegen das Kita-Volksbegehren klagte und zunächst auch von den Verfassungsrichtern Recht bekam. Trotzdem wurden die Ziele des Volksbegehrens weitestgehend erreicht, weil die SPD die wesentlichsten Teile davon im Koalitionsvertrag mit der CDU verankern konnte. Diesmal stehen die Sozialdemokraten aber auf der anderen Seite.

Trotz der angedrohten Klage gibt sich die Bürgerallianz aber gesprächsbereit: "Wir wollen gerne mit der Landesregierung unsere Argumente austauschen, damit es endlich bei den Kommunalabgaben zu einer vernünftigen und gerechten Lösung kommt", sagt Peter Hammen, der Landesvorsitzende der Bürgerallianz. Bereits nach einem Interview mit unserer Zeitung mit dem zuständigen Innenminister Jörg Geibert (CDU) waren im Herbst die Bedenken innerhalb der Landesregierung gegen das Volksbegehren öffentlich geworden.

"Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Landesregierung endlich konstruktives Handeln, um die willkürliche Anwendung der bestehenden Gesetze schnellstens zu beenden. Dann könnte sogar das Volksbegehren entfallen und eine Klage dagegen wäre auch nicht mehr notwendig", zeigte Hammen jetzt einen möglichen Ausweg auf.

Allerdings ist die Bürgerallianz in ihren Kernforderungen weiter hart: Die Herstellungsbeiträge bei Abwasser und die Straßenausbaubeiträge sollten endlich durch eine politische Entscheidung abgeschafft werden", unterstrich Hammen.

[Klage der Landesregierung gegen Volksbegehren liegt vor](#)
[Bürgerallianz empört über Äußerungen des Innenministers](#)
[Innenminister hält Abgaben-Volksbegehren für verfassungswidrig](#)